

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der Tschechoslowakischen Republik.

Bezugs-Bedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:

monatlich . . . . . 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährig . . . . . 96.—  
ganzjährig . . . . . 192.—

Kündigung von Manuskripten erfolgt nur bei Einleitung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme  
des Montag täglich früh

6. Jahrgang.

Dienstag, 28. Dezember 1926.

Nr. 301.

## Ministerprogramme.

In der Weihnachtsnummer der „Narodni Listy“ sind acht Minister der tschechoslow. Regierung aufmarschiert, um über ihre Aufgaben im Jahre 1927 zu berichten. Es ist charakteristisch, daß die Mitglieder der Regierung, die gegen eine Verichterstattung im Parlamente eine schier unüberwindliche Abneigung hegen, dem Interviewer des großkapitalistischen Blattes bereitwillig zur Verfügung stehen. Auch die Herren Spina und Mayr-Harting haben sich bereit, ihren Kampf um die Gleichberechtigung des jüdischen Volkes zur Abwechslung einmal in den Spalten der „Narodni Listy“ zu führen.

Aber man braucht dem Interviewer um die Geheimnisse, deren er habhaft geworden ist, nicht neidig zu sein, denn viel inhaltsreicher als diese ministeriellen Weihnachtskundgebungen hätte eine Regierungserklärung im Parlamente auch nicht ausfallen können. Am interessantesten sind noch die Äußerungen der Chefs der technischen Ressorts — Eisenbahnen, Post, öffentliche Arbeiten — wer nicht Zeit und Gelegenheit hat, das staatliche Investitionsbudget zu studieren, erfährt da wenigstens ungefähr, was im nächsten Jahre gebaut, instauriert und adaptiert werden soll. Die übrigen Herren haben sich von ihren Sektionschefs ein Verzeichnis der Regierungsvorlagen ausarbeiten lassen, die in dem betreffenden Ministerium vorbereitet werden. Daß sie wirklich zur Verhandlung kommen, ist damit noch lange nicht gesagt.

Wie bei allen offiziellen oder halb-offiziellen Äußerungen ist aber auch diesmal wieder am interessantesten, was in ihnen nicht steht. Wir lesen das Arbeitsprogramm des Herrn Schulministers Dr. Hodža und freuen uns schon, etwas über die von ihm im Parlamente angekündigte Schulautonomie zu erfahren. Aber wir lesen keine Äußerung von vorn nach rückwärts und von rückwärts nach vorn, die Schulautonomie ist nicht darin, ja sie könnte nicht einmal von der christlich-sozialen „Deutschen Presse“ oder von der agrarischen „Landpost“ hineingekleidet — das heißt, hineininterpretiert werden, so vorsichtig ist der Herr Minister diesem großen Problem aus dem Wege gegangen. Und da er zweifellos vor den „Narodni Listy“ mehr Respekt hat als vor dem Budgetausschusse des Abgeordnetenhauses, so muß man auf sein Schweigen mehr geben als auf sein Reden, das heißt, mit der von der aktivistischen Presse schon jubelnd begrüßten Schulautonomie ist es nichts. Daß Herr Dr. Hodža auch von der Schulreform kein Sterbenswörtchen spricht, ist bei seiner reaktionären Einstellung nicht weiter verwunderlich.

Noch mehr wird es insbesondere die Arbeiter interessieren, was der Herr Minister für soziale Fürsorge Konfignore Stamek über die Ausgestaltung der Sozialpolitik zu sagen hat. Kein Zweifel, daß er viel, sehr viel zu sagen hätte. Aber er sagt es nicht. Er kann sich zurüchhalten. Er bewahrt die Erinnerung an den berühmten Replique, der nichts sagt als dieses, hierauf, wenn er z. B. erklärt:

Im Bereiche der Wohnungs- und Bau-fürsorge wird in der Durchführung der bisher geltenden Gesetze fortgeschritten werden, sofern nicht die Nationalversammlung eine gesetzliche Neuordnung durchführt, welche dann die Grundlage für den neuen Vorgang der Administration wäre!

Das delphische Orakel ist ein Auskunftsbureau dagegen! Wir leben in einer schweren Krise, die Arbeitslosigkeit steigt, das Massenelend ist unerträglich. Das Genter System der Arbeitslosenunterstützung ist solchen Verhältnissen nicht im entferntesten gewachsen. Das Bedürfnis nach einer obligatorischen Arbeitsvermittlung ist brennender denn je. Aber der Genfer unserer Sozialpolitik sagt trocken:

Auf dem Gebiete der Arbeitsbeschaffung, der Seimarbeit, der Arbeitslosenfürsorge und der Arbeitsvermittlung wird nach den bisherigen Richtlinien vorgegangen werden.

Das ist nicht mehr delphisch. Das heißt

## Die Entwaffnungsfrage restlos geklärt.

Einigung über die deutschen Polizeikräfte. — Keine Auflösung von Verbänden.

Paris, 26. Dezember. (Wolff.) Die Verhandlungen des Botschafters von Hoersch und Geheimrates Förster in letzter Zeit mit der Botschaftskonferenz über gewisse Respunkte des Entwaffnungsprogrammes haben zu folgendem Ergebnis geführt: Die Polizeifrage ist durch einen Rotenwechsel zwischen der Botschaftskonferenz und Herrn von Hoersch endgültig geregelt worden. Die deutschen Polizeikräfte sind darin auf insgesamt 140.000 Mann festgesetzt; davon 105.000 Mann staatliche Polizei und 35.000 Mann Kommunalpolizei. Dabei hat aber die Botschaftskonferenz ausdrücklich anerkannt, daß gewisse polizeiliche Hilfskräfte, die in der Note von Boulogne noch in die Zahl der eigentlichen Polizeikräfte eingerechnet worden waren, zu der Zahl von 140.000 hinzukommen. Dazu ist zu bemerken, daß die Note von Boulogne die Zahl dieser Hilfskräfte auf 15.000 bemessen hatte. Es ergibt sich also eine Verminderung der zugelassenen eigentlichen Polizei-

kräfte um 5000. Auch die Frage der Anrechnung der Polizei der Hansestädte bei der Berechnung in Staats- und Kommunalpolizei ist in einer den deutschen Belangen Rechnung tragenden Weise gelöst. Ferner ist hinsichtlich der Verbandsfrage ebenfalls volle Einigung erzielt worden. Der Austausch der im Entwurf bereits vorliegenden Noten wird voraussichtlich in der ersten Jännerwoche stattfinden. In beiden Fragen hat sich die Botschaftskonferenz von den ihr von der deutschen Regierung mitgeteilten Maßnahmen, die sich im Rahmen des allgemeinen deutschen Rechtes halten, befriedigt erklärt. Insbesondere hat sie von der früher gestellten Forderung einer Auflösung von Verbänden Abstand genommen und das Vertrauen ausgesprochen, daß, wenn sich etwa in Zukunft die getroffenen Maßnahmen nicht als ausreichend erweisen sollten, die deutsche Regierung selbst das Nötige veranlassen wird.

## Das neue serbische Kabinett.

Nichtparlamentarier und Generale dabei.

Belgrad, 28. Dezember. (Nvala.) Das neue Kabinett wurde heute nachmittags wie folgt gebildet: Uzunovic Präsidium, Peric Außenminister, Maksimovic Inneres, Terasovic Unterrichts, Djuric Kultus, Bala Ivanovic Konstituante, Zelic Justiz, Miletic Volksgesundheit, Simenovic Forste, Markovic (bisher Direktor der staatlichen Hypothekbank) Finanzen, Paul Radic Agrarreform, Krajac Handel, Superina Post, Kostic Bauten, Kulovec Volkswirtschaft, Golac Sozialpolitik, General Hadzic Krieg, General Milosavljevic Verkehr.

Das neue Kabinett ist demnach aus zehn radikal-serben, vier Kroaten, zwei Slowenen und zwei Generalen zusammengesetzt.

## Keine günstige Aufnahme.

Belgrad, 26. Dezember. Das neue Kabinett hat in der Öffentlichkeit und in der Presse keine günstige Aufnahme gefunden. Die Blätter heben hervor, daß vier Mitglieder der Regierung nicht dem Parlament angehören und daß durch den Eintritt aktiver Generale in die Regierung das gefährliche Experiment der Einbeziehung der Armee in die Politik unternommen wurde.

## Die Slowenen gegen den Minister-General.

Belgrad, 27. Dezember. Der Führer der slowenischen Volkspartei Dr. Korosec bezieht eine Benachrichtigung seines Parteiklubs ein, um derselben die Entscheidung über die Frage zu überlassen, ob die Slowenen die ihnen im Kabi-

eindeutig und brutal genaug: Die Kapitalistenklasse regiert, die Arbeitslosen sollen weiter hungern.

Hungern dürfen unter dem allchristlichsten Regime der Stamek und Mayr-Harting auch die Kriegsbeschädigten.

Die Kriegsbeschädigtenfürsorge — teilt der Herr Minister mit, — wird sich im Rahmen der Gesetze Nr. 12-1920 und 39-1922 bewegen.

Das sind die Gesetze, gegen deren trostlose Anzulänglichlichkeit die Kriegsüberlebendenorganisationen mit Recht Sturm laufen. Wie wird dem Herrn Jajicek, der schon das Versprechen der Novellierung, der Verbesserung dieser Gesetze in der Tasche hatte und damit gegenüber der Kritik der deutschen Sozialdemokraten aufzutrompfen wollte? Marek Stamek hat Herrn Jajicek entlarvt. Werden es die Kriegsbeschädigten verstehen und daraus die Konsequenzen ziehen?

Nach ein Beispiel, ein kleines, das aber für die Wahrheitsliebe der Herren in der Regierung charakteristisch ist. Herr Stamek berei-

net Uzunovic vorbehaltenen beiden Ministerressorts (Volkswirtschaft und Sozialpolitik) übernehmen sollen. Korosec steht nach wie vor auf dem Standpunkte, daß der neue Verkehrsminister General Milosavljevic an der Regierung nicht als aktiver Offizier teilnehmen könne und daß er deshalb in den Ruhestand versetzt werden müsse.

## Steigende Arbeitslosigkeit in Frankreich.

Kein Geld für ein Notstandsprogramm.

Paris, 27. Dezember. (Eigenbericht.) Das Kabinett hielt heute morgen einen Ministerrat ab, der in der Hauptsache den Problemen, die die wachsende Arbeitslosigkeit aufwirft, gewidmet war. Es liegt bereits ein Notstandsprogramm vor, zu dessen Durchführung vorläufig aber noch die Mittel fehlen. Inzwischen schreitet die Krise immer weiter fort. Beim Pariser Arbeitsamt hat in der vergangenen Woche die Zahl der unerledigten Stellengesuche über 30.000 betragen; inzwischen hat sich die Lage noch wesentlich verschlimmert. Die Industrie arbeitet zwar noch an früheren Bestellungen, ist jedoch nicht imstande, der Konkurrenz auf dem Auslandsmarkt die Spitze zu bieten. Viele Spinnereien in Nordfrankreich kürzen die Arbeitszeit um zwei Stunden täglich oder entlassen Arbeiter. Auch in der Schuhindustrie droht eine Krise; drei große Fabriken haben 3000 Arbeiter entlassen. Die Spitzenindustrie von Calais und Umgebung, die sonst vor den Weihnachtstagen sehr rege beschäftigt war, hat gleichfalls ihre Tätigkeit eingeschränkt; von 2000 Angestellten dieser Industrie wurden 900 entlassen und der Rest arbeitet nur halbtägig. In der Metallindustrie wurde die Produktion gleichfalls beträchtlich vermindert. In Paris herrscht in der Konfektionsindustrie eine große Krise; große Handelshäuser entlassen ihre Angestellten in den Werkstätten sowie die Verkäufer mangels Absatz ihrer Waren.

ter eine Neuordnung der Unterstützungen für die Jugendfürsorgeorganisationen vor, wodurch eine schnellere Erledigung der Subventionen herbeigeführt werden soll. Aber im Artikel X des Finanzgesetzes heißt es ausdrücklich, daß Subventionen erst im letzten Kalendervierteljahr ausbezahlt werden dürfen.

Herr Dr. Mayr-Harting wird natürlich das Schanzgesetz, die Freizuchelungs-Novelle, das Brügelpatent und was sonst noch etwa die politische Freiheit einschränkt, aufheben und beseitigen? Weit gefehlt. Er gibt eine trostlose Aufzählung von Gesetzen, von denen man schon längst wußte, daß sie vorbereitet werden, so wie Herr Dr. Spina eine trodene Aufzählung von Bauten liefert, die aus dem Budget zum Budget abgedröhrt ist. Die Herren sind tschechoslowakische Minister und haben sich in ihrer Rolle schon glänzend hineingefunden. Das Kabinett Svobla ist tot, es lebe das Kabinett Svobla! — das ist der politische Weltgeist — auch der Deutschbürgerlichen — letzter Schluß in diesem Lande und nur der Sieg der Arbeiterklasse kann diesem Zustand ein Ende machen.

## Der Wirtschaftspolitiker der Reaktion.

In einer der letzten Sitzungen des Abgeordnetenhauses hatte Abgeordneter Genosse Pohl einen Zwischenruf gemacht, mit welchem er auf die Wandlungen des gegenwärtigen Finanzministers Dr. Englis vom Sozialpolitiker zum volkswirtschaftlichen Antidot der agrarisch-kerischen Reaktion anspielte. Der Herr Finanzminister ließ ihm und dem Genossen Dadenberg, der Pohl beipflichtete, von der allzeit willigen Regierungsmehrheit, also auch von den Deutschbürgerlichen eine „Rüge“ aussprechen, ohne daß er bei dieser Gelegenheit das Wort ergriffen hätte. Er scheint man eingeschlagen zu haben, daß er zu der Kritik, welche die beiden Genossen an seiner politischen Entwicklung übten, doch etwas sagen müsse und legt seine diesbezüglichen Ansichten in einem Artikel der Weihnachtsnummer der „Ebove Noom“ nieder. Was da der Herr Finanzminister erzählt, bestätigt vollkommen die von sozialistischer Seite geübte Kritik seiner politischen, insbesondere wirtschaftspolitischen Anschauungen.

Die Okaner des Sozialismus haben es sich zu allen Zeiten sehr leicht gemacht. Sie haben ein Zerbild des Sozialismus geschaffen und dann nachgewiesen, daß dieses Bild — häßlich sei. Dieser veralteten Methode, die in der deutschen wissenschaftlichen Literatur nach und nach absterbt, bedient sich nun auch Herr Professor Englis, von dem wir zwar nie angenommen haben, daß er Sozialist ist, von dem wir aber doch erwarten könnten, daß er aus dem Sozialismus nicht einen Popanz machen werde. Man höre, wie sich der „erste tschechische Nationalökonom“ den Sozialismus vorstellt:

Der Unterschied zwischen der bürgerlichen und sozialistischen Produktion besteht darin, daß die erstere zwei Grundprinzipien . . . dem Prinzip der Produktion und dem sozialen Prinzip. Das erste kreuzt die Größe des Nationalproduktes an, das zweite seine gerechte Verteilung.

Während also nach der Auffassung des Herrn Professors der Nationalökonomie an der Brunner Universität das Bürgerium keine andere Sorge kennt als die Produktion zu erhöhen, ist der Sinn der Sozialisten nur darauf gerichtet, das vorhandene Produkt „gerecht“ aufzuteilen. Das ist dasselbe Argument, das in weniger „wissenschaftlicher“ Form dem Sozialismus schon vor einhundert Jahren vorgehalten wurde, das aber nicht besser wird, je älter es geworden ist: daß nämlich die Sozialisten „teilen“ wollen. Es hat bürgerliche Nationalökonomie gegeben, die besonders geistreich sein wollten und mit dem Beistand in der Hand ausgerechnet haben, wie wenig auf den einzelnen Arbeiter kommt, wenn etwa das Einkommen Rothschilds auf alle 1500 Millionen Bewohner der Erde aufgeteilt würde. Mag sein, daß der Sozialismus des Mittelalters oder der Utopisten ein Sozialismus der Verteilung war. In der sozialistischen Bewegung der ganzen Welt ist heute die Auffassung unbestritten, daß die Befreiung des Kapitalismus nicht nur eine Veränderung in der Verteilung der von den arbeitenden Menschen geschaffenen Werte, sondern vor allem eine Steigerung der Produktion bedeuten müsse. Unser ganzer Glaube an die Sieghaftigkeit der sozialistischen Idee besteht gerade darin, daß die Produktivität der menschlichen Arbeit, einmal von den kapitalistischen Schranken befreit, in einer Weise anwachsen werde, wie dies noch in keiner Gesellschaftsordnung der Vergangenheit gewesen ist. Das haben nicht nur die Begründer des wissenschaftlichen Sozialismus und ihre Schüler in gelehrten Werken gesagt, so haben die Sozialisten fast fast hundert Jahren auch zu den Massen gesprochen. Gerade in einem der verbräutlichsten Bücher der sozialistischen Literatur, welches die Auffassung einer ganzen Generation von Arbeitern aller Länder wesentlich beeinflusst hat, Bebel's „Fremd und der Sozialismus“ wird auf die enge Verbindung zwischen der steigenden Produktivität der menschlichen Arbeit und dem Wohlergehen der Massen an mehreren Stellen hingewiesen. So führt Bebel unter anderem aus:

Erhöhte Produktion gereicht allen zum Vorteil; der Anteil des einzelnen am Produkt steigt mit der Produktivität der Arbeit.

Gerade der wissenschaftliche Sozialismus hat die Arbeiter von dem Irrglauben befreit, den Herr Professor Englis dem Sozialismus andichtet. Während sich die Arbeiter früherer Epochen gegen technische Neuerungen, welche die Produktivität der menschlichen Arbeit gehoben haben, sträubten, (Maschinenstürmer), sind die Sozialisten von







Befolgung eines Lebensretters. Der 14jährige Oberrealist Engelbert Bessert aus Pirmasens...

Theaterbrand in Amerika. In Winnipeg in den Vereinigten Staaten wurde das Theater durch einen Brand völlig zerstört.

Ein Bund der Nichtraucher. Eine Gesellschaft der Nichtraucher hat sich in England gebildet, die es sich zur Aufgabe macht, die immer unbedingter werdenden Uebergriffe der Raucher zu bekämpfen.

Ein großer Einbruchsdiebstahl in Turn.

Besonders freche Diebe statteten am ersten Weihnachtstages dem Uhrmacher und Goldarbeiter Josef Lehmann in Turn, Mariascheiners...

Die Verhandlungen in den Banken gescheitert.

Ab 1. Jänner 1927 vertragsloser Zustand.

Gerade zu den Weihnachtstagesfesten sind die Verhandlungen des Bankenverbandes mit den beiden Beamtenorganisationen über die Kollektivverträge gescheitert.

Den eigentlichen Streitgegenstand bildeten bei den Verhandlungen jene Bestimmungen der Pragmatik und des Kollektivvertrages, in welchen die wenigen, verbliebenen Vorrechte enthalten sind.

Pragmatik, also beispielsweise nur nach den Bestimmungen des Handlungsgesetzes, aufzunehmen zu können.

In Fragen der Bezahlungsweise wollen die Banken nicht mehr das seit Jahren in allen maßgebenden Instituten übliche automatische Zeitadvancement anerkennen, welches schon im letzten Vertrage anerkannt war.

Während die Organisationen die Erhaltung des status quo verlangten und nur in der Frage der Steuerreform, beziehungsweise Auszahlung der Zuschüsse eine den jetzigen Verhältnissen entsprechende Zusicherung verlangten.

Volkswirtschaft.

Die freien Angestelltenvereine und ihre Gegner.

Auf dem Wege zu einer einheitlichen Angestelltenorganisation im Deutschen Gewerkschaftsbund (Reichenberg).

Im Einvernehmen mit der Zentralgewerkschaftskommission des Deutschen Gewerkschaftsbundes führten die beiden genannten Verbände Verhandlungen über ihre Vereinigung.

In einem Aufsatz an Ihre Mitglieder, den wir im nachfolgenden wiedergeben, nehmen der Industrieangestelltenverband und der Zentralverband der Angestellten zu der Sachlage Stellung:

„Seit einigen Monaten wird gegen den Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz-Schönan und nicht

minder gegen den Allgemeinen Industrieangestelltenverband in Reichenberg eine Kampagne geführt, deren hervorragendste Wortführer im Lager der nicht freigeberischen Angestelltenvereine zu finden sind.

Wenn diese Angriffe, deren durchsichtiger Zweck jedem denkenden Angestellten auf den ersten Blick klar ist, bisher nicht jene scharfe Abwehr erfahren haben, die jeder Rednertracht gegenüber am Platze ist, so deshalb, weil es nicht den freigeberischen Angestelltenorganisationen entspricht, die in Niederungen einer Kampfkampagne hinabsinken in der sie nur wohl fühlen kann, wer nach dem Grundsatz kämpft, daß dem Gegner gegenüber jedes Kampfmittel, auch das niedrigste und verwerflichste gerade gut genug ist, ohne daran zu denken, daß von der Art des Kampfmittels immer ein Schluß auf jene gezogen wird, die es anwenden.

Diese Angriffe unserer Gegner finden ihre Erklärung. Die nicht freigeberischen Angestelltenvereine sind im Verlaufe der letzten Jahre von einer Schlappe in die andere gestürzt und nicht, aber auch gar nicht ver-

Prager Kurse am 27. Dezember.

Table with 3 columns: Currency, Price, and another column. Includes entries like 100 holländische Gulden, 100 Reichsmark, etc.

möchten sie von all den vielen Entspruchungen zu erfüllen, mit denen sie ihren enttäuschten Angehörigen gegenüber ihre Pflichtbereitschaft zu beweisen verfügen. Weder auf sozialpolitischem Gebiete, in den Fragen des Angestelltenwachstums und der Verbesserung noch auf dem Gebiete des wirtschaftlichen Schutzes der Angestellten vermochten sie Erfolge zu erringen.

Die Angestelltenorganisation im deutschen Gewerkschaftsbund aber, deren einträchtiges Zusammenwirken allenthalben anerkannt wird und zu bedeutenden Erfolgen führte, vor allem der Allgemeine Industrieangestelltenverband in Reichenberg und der Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr in Teplitz, welche heute die hauptsächlichsten Träger des gewerkschaftlichen Kampfgedankens unter der Angestelltenchaft darstellen, bereiten sich vor, ihre gewerkschaftliche Gemeinschaft in Ziel und Aufgabe in einem einheitlichen, geschlossenen Bunde neu erstehen zu lassen.

Den Weg zu dieser Vereinigung und Vereinigung schreiben die wirtschaftlichen Gegner vor, jene Gegner, die sich in Industrie, Handel und Verkehr, in Wirtschaft und Selbsterziehung der Angestelltenchaft zu erschöpfen und denen gegenüber nur eine starke und umfassende, auf den Grundtagen der einheitlichen Kampfführung ruhende Angestelltenbewegung erfolgreich sein kann.

Was ist begreiflicher, als daß die Kräfte der Angestellten gemeinlich, vereinigt und konzentriert werden müssen, damit ihre freigeberische Organisation ein wirksamer Schutz für sie sei? Das ist der Weg, den die eberne Notwendigkeit der Angestelltenbewegung vorschreibt und die diesen Weg gehen, denen werden es die Angestellten danken.

Wenn aber die Gegner zu den eberlichsten und verwerflichsten Mitteln des Kampfes greifen, wenn ihnen Spione gerade gut genug sind, wenn sie sich an Funktionäre heranschleichen, um von ihnen in unbewachten Augenblicken für ihre durchdringenden und sicher nicht lauterer Absichten etwas zu erhaschen, womit sie unter ihren Angehörigen aufhorchen können, auch wenn es noch so entsetzlich wiederzugeben wird und unangenehme Behauptungen darstellt, die in Widerspruch mit den Tatsachen stehen, so rufen wir unseren Mitgliedern und Funktionären zu:

Laßt Euch nicht beirren!

Unsere Organisationen gehen den richtigen Weg, sie sollen ihre Kraft erhöhen, sie sollen ein harter und wirksamer Schutz der Angestelltenchaft sein, der Konzentrationspunkt ihrer Bewegung, um eine gefestigte Existenz, um menschenwürdige Arbeitsverhältnisse, um eine gesunde Sozialpolitik. Laßt Euch nicht beirren und denkt immer daran, daß die anderen ihre Vorteile schaffen, wenn die Angestellten das Gebot der Stunde nicht erkennen, sich nicht fest zusammenzuschließen zu Erfolge versprechender Arbeit auf der Grundlage der Gemeinsamkeit und Vereinigung innerhalb der großen Masse der wohlgeordneten, im Kampfe um ihre Rechte erprobten arbeitenden Menschen.

Allgemeiner Industrieangestelltenverband, Reichenberg. Zentralverband der Angestellten in Industrie, Handel und Verkehr Teplitz-Schönan.

Ein Stück „Alt-Prag“.

Von Julius Löwy.

Ich habe oft Gelegenheit, anwärtigen Parteigenossen Alt-Prags lebenswürdige Bauten und historische Denkmäler zu zeigen — ein Gebäude des alten Prag habe ich aber niemals fremden Genossen gezeigt, wiewohl es in keiner Art lebenswert ist und auch in Mittteleuropa einzigartig dastehen dürfte.

Ich spreche von dem Ajyl für Obdachlose, der „Hispanka“, wie diese jämmerliche Baracke im Volkssprache heißt. Auf dem Valochyplatz unter dem gotischen Emausloster hat der Staat Prachtgebäude für das Arbeitsministerium und das Ministerium für soziale Fürsorge aufzuführen lassen. Gleich hinter diesen Ministerien steht die „Hispanka“, Schindlar um dem Herrn Minister für soziale Fürsorge ein Beispiel zu geben, wie er kein Neffert nicht führen soll.

es, daß das Haus immer mehr verfiel. Die städtische Verwaltung Prags hat es durch acht Jahre nicht für nötig gehalten, die Finanzgebarung des Asylverwalters zu kontrollieren und als das endlich doch geschah, da wurde ein recht häßlicher Fehlbetrag entdeckt und der Verwalter wanderte ins Kriminell.

Schamlos und skamierig wie es außen ist, ist das Haus auch im Innern. Es dient heute nicht mehr zur Ganze als Ajyl für Obdachlose. Die Wohnungsverhältnisse sind eine ganze Reihe von Jamern gekennzeichnet, in diesem Elendshaus ihren ständigen Wohnort zu nehmen. Da hausen sie nun in elenden dumpfen Kammern, Zimmer genannt, eine Familie an der anderen. Keine Kammer ist für sich abgeschlossen. Der Satz: „Mein Heim — meine Welt“ gilt hier nicht. Das Heim dieser Proletarier ist fast die offene Straße. Die vier Wände, die die Grenzen des Heimes bilden, schließen nicht einmal die schmutzigen Intimität von der Welt ab. Es ist eine Hölle! So wohnen Arbeiter in Prag! Wenn man zur Zeit der Gründung die Wohnung ausgegeben hat: „Ent-osterreichern!“ so ist hier, angesichts der beispiellosen Wohnungsverhältnisse, der Ruf am Platz: „Zurück zu Österreich!“ Man sehe, was das sozialdemokratische Wien auf dem Gebiete der Wohnungsfürsorge geleistet hat. In knappen fünf Jahren hat Wien vierundzwanzigtausend eigene Wohnen bei es soziale Fürsorge geleistet wie keine zweite Stadt Europas. Prag hat eine große Anzahl in England autonomem und das Resultat ist: Wohnungen nach Art der gefaserten. Wehe, wenn einer der Bewohner der „Hispanka“ an einer Infektionskrankheit erkrankte! Das Haus wäre im Nu ein gefährlicher Seuchenherd.

Jedoch viel, viel schlimmer als um die Privatwohnungen ist es in der „Hispanka“ um die Unterkunftsräume der Obdachlosen bestellt. Ich habe auf meinen verschiedenen Reisen viele Ajyle

befichtigt. Ich habe grouenhafte Unterkunftsräume gesehen; die „Hispanka“ kann in der Konkurrenz der schlechtesten Ajyle für Obdachlose immer noch den ersten Preis bekommen. Man wird an Geruch „Nachajyl“ erinnert, wenn man die Unterkunftsräume für die Obdachlosen betritt. So viel Schmutz und Unordentlichkeit wird kaum irgendwo in Prag an einer Stelle beisammen zu finden sein und das will schon etwas heißen. Daß Wohlgelegenheiten den Besuchern des Ajyls nicht in genügender Zahl zur Verfügung stehen, ersieht man unter solchen Umständen fast selbstverständlich.

Unwillkürlich mußte ich mich an das Ajyl für Obdachlose erinnern, das ich in München gesehen habe. Einen größeren Kontrast konnte ich mir fast gar nicht denken. In München sind große helle Schlösser. Die Betten sind mit Drahtmatratzen versehen und blendend weiß überzogen. Neben jedem Schlösser ist ein geräumiger Waschraum mit fließendem Wasser (im Winter gibt's auch warmes Wasser). Im Portiergebot ist ein großer schöner Speiseaal. In Prag ist von all dem das gerade Gegenteil vorhanden, d. h.: Die Betten sind weder gut noch sauber, und die Wohlgelegenheiten äußerst mangelhaft, mit einem Worte, das Prager Ajyl spricht den Regeln der primitivsten Hygiene Hohn.

Die „Hispanka“ ist ein trauriges Kapitel in der sozialen Fürsorge und der Hygiene der Stadt Prag. Es ist geplant, die Baracke in kurzer Zeit der Spitzhede zu überantworten. Ob aber dann für die Armuten besser geforgt werden wird als jetzt, ist die große Frage. Sicher ist das eine, daß die Arbeiterfamilien, die in der „Hispanka“ wohnen, keine besseren Wohnungen bekommen werden und daß man nicht für sie, wie in Wien, aus städtischen Mitteln Wohnungen bauen wird. Dafür wird die Gemeinde Prag auch nicht von Sozialdemokraten vertrieben, wie die Gemeinde Wien, sondern von Herrn Dr. Baza und seinen Nationalsozialisten.

